

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Rieser.  
Dernuj Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptstaatsamts Reichen.

Postkonton: Dresden 1331  
Großstraße Rieser Nr. 52.

Nr. 269.

Freitag, 20. November 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Kellamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Ueberragende Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dinger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Das neue Rheinland-Regime.

Die Beschlüsse der Vorkonferenz über die Erleichterungen im besetzten Gebiet sind nunmehr von den zuständigen deutschen Regierungsstellen eingehend überprüft worden, und es hat sich herausgestellt, daß die in Aussicht gestellte Neuordnung sich schon in sehr kurzer Zeit im besetzten Rheinland auswirken wird. Das Reichsministerium der besetzten Gebiete, das es übernommen hat, die Durchführung der alliierten Wiederherstellungsmaßnahmen zu überwachen, vertritt die Auffassung, daß das neue System einen modus vivendi im Rheinland schaffen wird, der bei einer wirklich liberalen Handhabung des neuen Abkommens durchaus den deutschen Forderungen entsprechen würde, die seit der Durchführung des Dawes-Abkommens immer wieder erhoben worden sind.

Erst jetzt wird man dazu gelangen, daß die deutsche Verwaltung durch die Befestigung des Kontrollsystems der Kreditbelegierten in vollem Umfange wieder hergestellt wird. Durch die Aufhebung der zahlreichen Exzessivbeschränkungen der Besatzungsbehörde wird erst für die deutsche Bevölkerung diejenige Rechtsicherheit und Rechtssicherheit geschaffen, die für die Freiheit und Unabhängigkeit des Staatsbürgers in der Reichsverfassung festgelegt ist. Die Wiederherstellung der deutschen Autonomie bedeutet auf jeden Fall einen der bedeutendsten Fortschritte, die hinsichtlich der Erleichterung des Besatzungs-Regimes erzielt werden konnten. An Stelle der alliierten Kriegsgerichte, durch die zahlreiche deutsche Staatsangehörige zu ernstlichen Strafen verurteilt worden waren, treten nunmehr wieder die deutschen Gerichte, die nach den Grundföhen der völligen Unabhängigkeit wieder Recht zu sprechen haben.

Die Freigabe der Zahl der Besatzungsstruppen bedeutet die Freigabe zahlreicher Wohnungen und Quartiere, die während der letzten Zeit beschlagnahmt worden sind, und durch die den deutschen Gemeindevorständen im besetzten Gebiet erhebliche Entlastungen sowie außerordentliche Schwierigkeiten in der Wohnungsbeschaffung für die Bevölkerung entstanden waren. Die sogenannte Unklarungsmachung der Besatzung, die bereits auf der Londoner Konferenz zugehandelt worden war, ließ sich bei der bisherigen Stärke der Besatzungsstruppen überhaupt nicht durchführen, sondern es bestand im Gegenteil die große Gefahr, daß die aus dem Ruhrgebiet zurückgezogenen Truppen auf das allbesetzte Gebiet verlegt worden wären, so daß dadurch die Anspannung in den eigentlichen Besatzungszone außerordentlich ernste Formen angenommen haben würde.

Besondere Erleichterungen sind nunmehr auch für das Postwesen eingetreten, das unter dem früheren Regime besonders schwer zu leiden hatte. Die deutsche Postzeit erreicht jetzt die vollständige Unabhängigkeit von den Besatzungsbehörden, die erforderlich ist, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung durch deutsche Organe zu garantieren, und die in Zukunft auf jeden Fall ein Einwirken der Besatzungsstruppen bei irgendwelchen ernstlichen Vorkommnissen vollkommen ausschalten wird.

Das neue Rheinland-Regime ist allerdings das Ergebnis eines Kompromisses zwischen der deutschen Regierung und den Besatzungsmächten. Wenn beispielsweise nach wie vor das Rheinlandabkommen die Grundlage des Regimes bleibt, so bedeutet dies die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Versailler Vertrages, deren Abänderung die alliierten Regierungen von vornherein abgelehnt hatten. Bedingt in der praktischen Auswirkung des Versailler Vertrages auf die besetzten Gebiete ist eine starke Erleichterung eingetreten, eine Erleichterung, die weit mehr bedeutet als lediglich formale Abänderungen an dem Text der Versailler Vertragsbestimmungen. Man kann sagen, daß diese Bestimmungen jetzt die mildeste Auslegung erfahren, die überhaupt denkbar ist. Es darf nicht vergessen werden, daß das bisherige Besatzungsregime die denkbar schwersten Härten gegen die deutsche Bevölkerung enthielt, und daß alle früheren Verluste, einen normalen Zustand der Verwaltung und des öffentlichen Lebens im besetzten Gebiet herbeizuführen, immer wieder daran gescheitert waren, daß die Besatzungsbehörden mit der angeblichen Unsicherheit der Truppen argumentierten, die sie bei jeder Gelegenheit in den zahlreichen Ordnungen und unter Geltendmachung von Presse- und Versammlungsverboten zur Begründung angeführt hatten.

## Elbeh-Vorbringen und Locarno.

Im Zusammenhang mit der immer härter sich regenden, auf eigene Ordnung der inneren kulturellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, zum Teil darüber hinaus auch auf nationale Selbstbestimmung hinzielenden Autonomiebestrebungen zeigt sich bereits in der Pariser Presse eine starke Nervosität, und das Verstreben, dem Locarno-Pakt die vom französischen Standpunkt aus verständliche Auslegung zu geben, als habe Deutschland nunmehr endgültig auf die ehemaligen Reichslande verzichtet und die Bevölkerung Elbeh-Vorbringens ihrem Schicksal überlassen. Die in der besetzten Zeitung "Deurowe" versucht hier einen Gegensatz zwischen dem Außenminister Trevelmann herzustellen, der angeblich auf dem von Frankreich vertretenen Standpunkt stehe, und der Wählermasse, die den alten Feldmarschall auf den Reichspräsidentenposten "geschleppt" hat. Als Jugendschicksale an diese Wählermasse werden die Augenblicke des deutschen Außenministers hingestellt, die den französischen Ansichten zu widersprechen scheinen. Im gleichen Aufzuge muß aber die Pariser Zeitung zugeben, daß selbst ausgesprochen linksgerichtete und demokratische Blätter wie die den Franzosen in dieser Beziehung sicherlich unverdächtige "Volkliche Zeitung" die Ansicht ausgesprochen haben, daß es nunmehr von den Elbeh-Vorbringern abhänge.

## Die Vöndervertreter für Locarno.

11 Berlin. Gestern vormittag traten die Staats- und Ministerpräsidenten der Vönder mit den Mitgliedern des Reichskabinetts unter Vorsitz des Reichskanzlers zu einer gemeinsamen Beratung der außenpolitischen Lage zusammen. Sie wurden über den gesamten Tatbestand, wie er sich in den letzten Wochen entwickelt hat, unterrichtet. Am Grund der Aussprache wird die Reichsregierung nunmehr, entsprechend dem vorgestern unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten gefassten Beschlusse, den eingehenden Körperlichkeiten, und zwar zunächst dem Reichsrat, den Entwurf eines Gesetzes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Vönderbund zugehen lassen.

### Keine einmütige Zustimmung?

11 Berlin. In dem über die gestrige Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Vönder mit dem Reichskanzler ausgegebenen amtlichen Bericht fehlt die Formel von der einmütigen Zustimmung. Wie das "Berl. Tagebl." erfahren haben will, handelt es sich um die Stimme eines Ministerpräsidenten, der der auswärtigen Politik der Reichsregierung nicht zugestimmt hat. Das Blatt glaubt in der Annahme nicht fehlerhaft, daß es sich hierbei um den mecklenburgischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Brandenstein handelt.

Dem "Berl. Volksanz." zufolge war nur die auswärtige Politik Gegenstand der Konferenz, während die innerpolitischen Fragen, so die Amortisierung der Polizei, für eine noch einzuberühende Konferenz der Minister des Innern der Vönder zurückgestellt worden seien.

Ihr Schicksal selbst durch eine Volksabstimmung zu regeln. Das trifft auch zu. Deutschland gibt selbstverständlich nicht das Selbstbestimmungsrecht der Elbeh-Vorbringer preis, es verzichtet nur auf gewaltsame Rückeroberung und legt es dem Elbeh-Vorbringen geradezu nahe, wenn auch nicht ausdrücklich mit Worten, nun ihr eigenes Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Die französischen Zeitungen stehen aus naheliegenden Gründen auf dem Standpunkt: Die Preisgabe ist fatal: Sie lassen die durchaus künstliche und nur enge Kreise umfassende Siegesbegeisterung nach dem Eintritte der Franzosen als eine solche "Volksabstimmung" auf. Das inzwischen ein großer Regenhammer eingetreten ist, "Quelques froissements", eine "geringe Enttäuschung", wie es der "Deurowe" nennt, verdirbt den Franzosen natürlich hart das Konzept. Sie führen deshalb die Entrüstung des elbischen und lothringischen Volkes über die brutale Zentralisierung und Franzisierung, über die Unterdrückung aller sprachlichen, religiösen und kulturellen Eigenarten des Landes auf deutsche Propaganda zurück. Das ist beunruhigend, aber unwahr. Das deutsche Volk verfolgt zwar mit wachsender Anteilnahme den Daseinskampf seiner alemannischen Landsleute. Es wünscht aber, daß Elbeh-Vorbringen selbst, ohne irgendwelche Beeinflussung, sein Schicksal in die Hand nimmt. Das ist der Sinn auch der Bestimmungen von Locarno.

## Professor Hoegsch über Locarno.

\* Paris. Der "Erzähler" veröffentlicht ein Interview mit Professor Hoegsch, den das Blatt als Führer des linken Flügel der Deutschnationalen bezeichnet, über seine Stellung zu der Ratifizierung der Locarno-Verträge. Professor Hoegsch bezieht in seinen Erklärungen zunächst, daß die Deutschnationalen dem Werk von Locarno inheftigste Opposition machten. In Wirklichkeit könne sich keine der deutschen Regierungsparteien von dem Briand geprägten Namen der Locarno-Verträge belegen. Alle wollten zunächst wissen, ob die Handlungen der Alliierten den Verprechungen von Locarno gleichlämen. Die Haltung der Rechten sei indessen auch durch

grundtägliche Erwägungen veranlaßt worden. Hier sei vor allem die ausdrückliche Aufrechterhaltung des Statu quo durch die Verträge zu erwägen. Aber trotz dieser Meinungsverschiedenheiten wolle er, so erklärte Professor Hoegsch weiter, gerne den Friedenswillen und die guten Absichten Briands, Chamberlains und der übrigen Delegierten anerkennen.

Bei der Abstimmung im Reichstag würde voraussichtlich die Regierungskoalition zusammen mit den Sozialisten die Regierung unterstützen, zusammen etwa 300 Stimmen. Die Deutschnationalen, Völkischen und die Kommunisten würden dagegen nur 165 Stimmen bis 170 Stimmen aufbringen. Die Annahme des Paktes sei also gesichert, vorausgesetzt, daß die Widerlegungen im Rheinland genügen. Professor Hoegsch fügte hinzu, er glaube nicht an eine bevorstehende Auflösung des Reichstages. Bezüglich des Eintritts Deutschlands in den Vönderbund müßte die Erfüllung folgender Bedingungen verlangt werden:

- 1. Einmütige Zustimmung des Reichstages; Annahme des deutschen Standpunktes zu Artikel 16 des Friedensvertrages; Behandlung Deutschlands als Weltmacht; Involierung kolonialer Mandate; Regelung der Kriegsschuldfrage.

Zum Schluß ging Professor Hoegsch auf die russische Frage ein. Nach der russischen Auffassung, erklärte er, bestehe ein formeller Widerspruch zwischen Locarno und Rapallo. Er glaube indessen nicht zu weit zu gehen, wenn er erkläre, daß der Eintritt Deutschlands in den Vönderbund eine Annäherung zwischen den Westmächten herbeiführen müßte, weil Rußland sonst isoliert dastünde.

## Wirtschaftliche Richtlinien der Deutschnationalen.

Der am 10. November 1925 in Berlin tagende Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei erteilt unter dem Eindruck der schweren Wirtschaftslage, die auf allen Kreisen des deutschen Volkes — Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk — lastet, einmütig den folgenden wirtschaftlichen Richtlinien seine Zustimmung:

- 1. Sparamkeit in der öffentlichen Verwaltung und verminderter Verbrauch im Inland.
- 2. Schutz der nationalen Arbeit auf jedem Wege.
- 3. Verhinderung der Luxuseinfuhr und Beeinträchtigung des Ueberflusses der Einfuhr durch Förderung der Ausfuhr durch alle nur möglichen Mittel.
- 4. Wiederherstellung der jetzt fehlenden Grundlagen für den Fortbestand der Wirtschaft.
- 5. Steigerung der Arbeit jeden Betriebes und aller seiner Glieder zu höchster Leistung.
- 6. Kampf den vaterlandsfeindlichen Lehren des Klassenkampfes.
- 7. Ausstieg der Arbeitnehmerschaft zu freudiger Verantwortungsvoller Mitarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung, gefördert durch alle hierzu dienenden Mittel.
- 8. Nach außen aber: Kampf gegen die Schuldfrage, Aufklärung und Befreiung des Materials darüber, daß das auf falschen Grundlagen beruhende Dawes-Gutachten nicht erfüllbar ist, ohne daß — entgegen seiner ausdrücklichen Zustimmung — die Lebenshaltung des deutschen Volkes weiter unter die anderen Kulturvölker sinkt, und geklärt hierauf, das immer wiederholte Verlangen auf Revision des Londoner Abkommens und Durchführung der dem deutschen Volke auferlegten Lasten auf das Maß des Erträglichsten.
- 9. Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, zur weiteren Behandlung und Durchführung dieser Richtlinien einen besonderen Wirtschaftsausschuß einzusetzen.

## Die Parteiführer-Beisprechungen beim Reichskanzler.

Berlin. Reichskanzler Dr. Luther rechnet mit aller Bestimmtheit damit, daß es gelingen wird, schon jetzt die grundsätzliche Zustimmung der Reichsparteien des Reichstages zu den Beschlüssen des Reichskabinetts zu erzielen. Er wird daher bei seinen Beisprechungen mit den Parteiführern die Versicherung abgeben, daß das gegenwärtige Kabinett keine Mission in dem Augenblick als beendeter betrachtet, wo die Verträge von Locarno unterzeichnet und ratifiziert sind. Der Kanzler wird außerdem darauf hinweisen, welche Gefahr sich aus einer Ablehnung der Verträge durch den Reichstag ergeben könnte. Die Beisprechungen Dr. Luthers mit den Führern der Deutschnationalen dürften allerdings nur formale Charakter haben, da an der ablehnenden Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion gegenüber den Locarno-Verträgen nichts mehr zu ändern ist.

## Der Reichsrat

genehmigte am Donnerstag den Gesetzentwurf über den Handels- und Schiffsverträge zwischen dem Deutschen Reich und Italien. Ferner wurde dem Gesetzentwurf über ein deutsch-italienisches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Regelung anderer Fragen auf dem Gebiete der direkten Steuern zugestimmt.

Der Reichsrat genehmigte ferner eine neue Verordnung über Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, die am 1. März 1926 in Kraft treten soll und u. a. Erleichterungen hinsichtlich des Gewichtes und der Geschwindigkeit schwerer Kraftwagen bringt. Es werden aber auch Vorarbeiten zur Vermeidung einer Belästigung des allgemeinen Verkehrs durch Auspuffgase beim Geräusche verordnet. Eine der wichtigsten Bestimmungen der neuen Verordnung ist aber, daß die Kleintraktoren wieder dem Kennzeichnungszwang (Nummernzwang) unterworfen werden sollen.

## Die Vertretung Deutschlands im Vönderbundsrat.

11 Berlin. Das "Berliner Tageblatt" will wissen, daß für die Stellung eines ständigen Vertreters Deutschlands beim Vönderbunde der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Ruchmann in Aussicht genommen ist. Es sei jedoch wahrscheinlich, daß der jeweilige deutsche Reichsminister des Auswärtigen sich die Teilnahme an den Ratstagungen selbst vorbehalten werde, wenn er auch vielleicht nicht immer daran teilnehmen könne.

## Die Lage in China.

Paris. (Funkpruch.) Havas berichtet aus Peking: Gestern und vorgestern fanden südlich von Peking große Kämpfe statt. Als sich die Truppen gemäß dem kürzlich getroffenen Abkommen zurückzogen, wurden sie durch die 2. Armee der sogenannten nationalen Streitkräfte unter dem Militärgouverneur der Provinz Honan angegriffen. Diese 2. Armee erlitt schwere Verluste, konnte aber schließlich Waotulu besetzen. Die Truppen plünderten in der Stadt. Die Feindlichkeiten wurden eingestellt, sobald die beiden Heere von dem Abkommen zwischen Tchangtcholin und Fong erfuhr. Die Truppen Tchangtcholin sahen sich auf die in dem Abkommen festgelegte Linie zurück.